

## 6. Forum Katastrophenvorsorge

# Gefahrenwandel – Wandel der Gefahren

09.09.2005, Hamburg

**-ABSTRACTS-**

**9:15 Uhr**     **Eröffnung des 6. Forums**  
Irmgard Schwaetzer

## **Themenblock: Herausforderung Tsunami**

Moderation: Friedemann Wenzel

**9:20 - 9:30**     **Einführung**

**9:30 – 9:50**     **Social and Economical Impact of Tsunami Disaster**

Aloysius Rego  
(Asian Disaster Preparedness Center - ADPC)

Kontakt:

Mr. Aloysius J. Rego  
Asian Disaster Preparedness Center (ADPC)  
P.O. Box 4, Klong Luang  
12120 Pathumthani  
Thailand  
[ajrego@adpc.net](mailto:ajrego@adpc.net)

**9:55 – 10:15**     **Aufbau eines Frühwarnsystems in Südasien**

Jochen Zschau  
(GeoForschungsZentrum Potsdam)

### **Abstract**

Unmittelbar nach der Tsunami- Katastrophe vom 26. Dezember 2004 in den Anrainerländern des Indischen Ozeans hat die deutsche Bundesregierung einen substantiellen Beitrag Deutschlands zum Aufbau eines Tsunami-Frühwarnsystems für den Indischen Ozean angekündigt.

Die Arbeiten hierzu haben begonnen und bündeln ein breites Spektrum der in Deutschland vorhandenen Expertise und Forschungseinrichtungen auf diesem Gebiet. Koordiniert werden die Arbeiten vom Geoforschungszentrum Potsdam.

Eingebettet in die internationalen Bemühungen der Intergovernmental Oceanographic Commission (IOC) zum Aufbau eines solchen Systems im Indischen Ozean wurde von deutscher Seite im ersten Schritt auf Indonesien fokussiert, das am schwersten von der Katastrophe betroffen war und wegen der Nähe tsunamigener Erdbebenherde im Sundabogen auch in Zukunft am stärksten gefährdet sein wird.

Das deutsch-indonesische System soll folgende wesentlichen Komponenten einer Frühwarnkette enthalten, 1. ein Echtzeit- Erdbeben- Monitoring- System, 2. die Möglichkeiten einer online-Überwachung des Meeresspiegels, 3. die Modellierung der Ausbreitung einer Tsunami- Welle, 4. die Zusammenführung der Echtzeitdaten mit weiterer Information über das vorhandene Risikopotenzial als Grundlage der Entscheidungsfindung in einem Lagezentrum, 5. die Abdeckung der sog. „letzten Meile“, die dafür sorgen soll, dass die Warnung die Menschen vor Ort erreicht und angemessen reagiert werden kann.

Kontakt:

Herr Prof. Dr. Jochen Zschau  
GeoForschungsZentrum Potsdam  
Telgrafenberg Haus E  
D- 14473 Potsdam  
[zschau@gfz-potsdam.de](mailto:zschau@gfz-potsdam.de)

## **10:20 – 10:40 Sri Lanka nach der Tsunami-Flut: Opfer und Akteure – lokale und übergeordnete Bewältigungsstrategien**

Christoph Feyen, GTZ Sri Lanka

### **Abstract**

Nach einer kurzen Einführung in die allgemeine Post-Tsunami Situation Sri Lankas, folgt die Präsentation den folgenden vier Argumentationssträngen:

- In der unmittelbaren Notsituation, in der es um Überleben und Grundbedürfnisse geht, mobilisieren direkt und indirekt Betroffene ein enormes Potenzial an Selbsthilfe und gegenseitiger Unterstützung. Dies läuft häufig quer zu allen vorher bedeutsamen soziokulturellen, politischen und ökonomischen Differenzierungen.
- Zu diesem Zeitpunkt können externe Hilfeleistungen, wollen sie schnell und effektiv sein, die gewachsenen Strukturen der betroffenen Regionen häufig nur sehr begrenzt berücksichtigen. (Prinzip der „Optimalen Ignoranz“)
- Noch während der Nothilfephase und häufig vor Beginn der eigentlichen Rehabilitation wird jedoch deutlich, dass sich Betroffene entlang der ihnen vertrauten und opportunen Strukturen reorientieren. Externe Hilfe spielt sich also in einem politischen Raum ab, mit dem die Helfer nur sehr unzureichend vertraut sind.
- Die Art und Weise, wie externe Hilfe stattfindet, beeinflusst signifikant, welche der Betroffenen letztlich zu den Gewinnern oder Verlierern der Katastrophe zählen. In einer Post-Konflikt-Situation wie in Sri Lanka ist dies von entscheidender Bedeutung für jeden Ansatz zur Konfliktransformation.

Im Anschluss an diese, anhand von Beispielen belegte Analyse werden Schlussfolgerungen zur Diskussion gestellt. Diese werden differenziert nach der Ebene der nationalen Entscheidungsträger sowie der Ebene der internationalen Geber und Hilfsorganisationen.

### **Kontakt:**

Christoph Feyen

GTZ GmbH

PF 5180

65726 Eschborn

christoph.feyen@gtz.de

### **Themenblock: Küstenschutz**

Moderation: Michael Schirmer

### **11:20 – 11:30 Einführung**

## **11:30 – 11:50 Klimawandel an der Küste – Veränderliche Sturmflutrisiken**

Hans von Storch  
(GKSS- Forschungszentrum GmbH)

### **Abstract**

Das Risiko von Sturmfluten längs der Deutschen Nordseeküste ist in der Vergangenheit signifikanten Schwankungen ausgesetzt gewesen. So gab es dramatische Sturmfluten, der viele Menschen zum Opfer fielen und mit Landverlusten einhergingen; es gab aber auch lange Perioden relativer Ruhe, die z.B. in 1962 abrupt abgebrochen wurden. Das Risiko für das Eintreten von Sturmfluten hängt von einer Reihe von Faktoren ab, wobei die Entstehung eines mit hohem Windstau verbundenen Wetterlage der wesentliche Faktor ist und auch bleiben wird. Die Entstehung solcher Wetterlagen kann gut durch regionale Wettermodelle nachempfunden werden.

In diesem Vortrag wird ein Überblick gegeben über eine Reihe von Arbeiten, in denen mit solchen Modellen des regionalen Wetters und der Hydrodynamik der Nordsee Sturmflutstatistiken abgeleitet und deren Veränderungen quantifiziert werden – im Hinblick auf die vergangenen 50 Jahre und mögliche Veränderungen, die mit erhöhten Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre einhergehen können.

### **Kontakt:**

Herr Prof. Dr. Hans von Storch  
GKSS- Forschungszentrum Geesthacht GmbH  
Max- Planck- Str. 1  
D- 21502 Geesthacht  
[storch@gkss.de](mailto:storch@gkss.de)

## **11:55 – 12:15 Klimawandel und Küste: Umgang mit zukünftigen Risiken Ergebnisse aus dem Verbundvorhaben KRIM**

Bastian Schuchardt, BioConsult

### **Abstract**

Der globale Klimawandel wird sich an der deutschen Nordseeküste nicht nur mit einem beschleunigt steigendem Meeresspiegel, sondern auch mit steigenden Temperaturen, veränderter Niederschlags- und Windverteilung sowie erhöhten CO<sub>2</sub>-Konzentrationen manifestieren. Trotz aller Unsicherheiten über Art und Ausmaß dieser Veränderungen müssen die möglichen Wirkungen auf das natürliche wie auch auf das gesellschaftliche System sowie deren Adaptionskapazität erforscht werden, um vorsorgendes (Anpassungs-) Handeln zu ermöglichen. Eine solche Analyse ist für den Küstenraum Jade-Weser durch das durch den BMBF geförderte interdisziplinäre Verbundvorhaben KRIM ([www.krim.uni-bremen.de](http://www.krim.uni-bremen.de)) durchgeführt worden.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass der Klimawandel zu einem breiten Spektrum von Auswirkungen sowohl auf das natürliche wie das gesellschaftliche System führen wird. Der Klimawandel wird für die deutsche Küste keine neuen Gefahren bringt, aber die vorhandenen Gefahren werden deutlich vergrößert. Da es sich nicht um neue Gefahren handelt sondern um solche, die die Gesellschaft an der Küste über Jahrhunderte geprägt haben, sind die historisch entwickelten Strukturen und Nutzungsformen grundsätzlich zur Gefahrenabwehr geeignet. Die Gefahren werden deshalb als beherrschbar bewertet. Der Meeresspiegelanstieg ist als der für die Region zentrale Parameter des Klimawandels zu identifizieren und es entsteht Handlungsbedarf v.a. im Bereich Küstenschutz. Es bleibt zwar ausreichend Zeit für die Planung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen, es ist aber jetzt Zeit, diese Auseinandersetzung um die Anpassung an den Klimawandel zu führen. Vor diesem Hintergrund gilt es:

- den bereits begonnenen gesellschaftlichen Diskurs über den langfristigen Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu intensivieren;
- das Bewusstsein für die sich verändernden natürlichen Randbedingungen zu schärfen und den Vorsorge-Gedanken flächendeckend zu implementieren;
- Planungen ab jetzt auf ihre „Klimawandel-Anpassungsverträglichkeit“ zu prüfen;
- die Reaktions- und Anpassungsfähigkeit der regionalen Systeme zu erhalten bzw. zu fördern (Küstenschutzeinrichtungen, Wasserwirtschaft, Flächennutzung, natürliche Systeme...);
- die Instrumente der gesellschaftlichen Zukunftsgestaltung weiter zu entwickeln (z.B. Integriertes Küstenzonenmanagement);
- die Vorbereitung auf den Umgang mit den Folgen des Klimawandels durch eine nationale Anpassungs-Strategie zu strukturieren und zu befördern.

Kontakt:

Dr. Bastian Schuchardt  
 BioConsult Schuchardt & Scholle GbR  
 Reeder Bischoff Str. 54  
 D-28757 Bremen  
 email: [schuchardt@bioconsult.de](mailto:schuchardt@bioconsult.de)

## **12:20 – 12:40 Umgang und Erfahrungen mit Risikokommunikation**

Gabriele Gönnert, Hans-Andreas Lehmann  
 (Hamburg Port Authority)

### **Abstract**

Bewohner und Behörden der Stadt Hamburg sind geprägt durch das Ereignis der Sturmflut von 1962, die viele Menschenleben gekostet und hohen Sachschaden angerichtet hat. Ursachen der hohen Menschenverluste waren neben technischen Mängeln an den Küstenschutzbauwerken auch die mangelnde Risikowahrnehmung in der Bevölkerung, so dass die Risikokommunikation der Behörde nur schlecht angenommen wurde.

Aus dieser Erfahrung hat die Stadt Hamburg gelernt und ein komplexes Sicherheitssystem aufgebaut. Es besteht auf der einen Seite aus einem baulichen Küstenschutz mit hohem Sicherheitsstandard und zum anderen einer Vorsorgeplanung für alle potentiell überflutungsgefährdeten Gebiete. Es muss den Menschen bewusst gemacht werden, dass sie in einem solchen Risikogebiet leben/arbeiten und welche Vorsorge getroffen werden muss. So ist die Risikokommunikation mit der Bevölkerung hier gekennzeichnet durch die Informationen durch die Behörden über die Risikolage und den Notfallplan (z.B. Evakuierungsplan). Mit regelmäßigen Informationen der Bevölkerung über das Sicherheits- und Evakuierungskonzept in Form von Wurfsendungen, Schilder an Bushaltestellen über Sammelstellen im Evakuierungsfall, Schilder über Überflutungsbereiche im Sturmflutfall und Übungen mit Warnsirenen wird versucht, das Risiko mit dem sie leben deutlich zu machen und den Notfall vorzubereiten. Demgegenüber ist es für Politik von großer Bedeutung das hohe Maß an Sicherheit in Hamburg zu betonen.

Für den Sturmflutfall gibt es ein sehr detailliertes auf die Wasserstandsstufen abgestimmtes Kommunikationssystem zwischen den Behörden Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie sowie der Hamburg Port Authority für die Wasserstandsvorhersage und dem Zentralen Katastrophenstab. Ab einer bestimmten Wasserstandsstufe werden dann auch die Bewohner und Unternehmer des überfluteten Hafenbereiches benachrichtigt, die dann entsprechende Räumungsschritte einzuleiten haben. Ebenso werden dann auch die Medien eingeschaltet.

Trotz dieses sehr komplexen Notfallsystems ist den Behörden nicht bekannt, inwieweit die Menschen wirklich ihr Risiko wahrnehmen und auf den Notfall vorbereitet sind. Ein Feedback an dieser Stelle mit den Gebieten, die nur im Extremfall überflutet werden, existiert nicht.

Die Information für die heutige und die zukünftige Situation unterliegt dem Spagat zwischen Erregung von Interesse und sinnvoller Vorsorge auf der einen Seite und Panikmache auf der anderen Seite. Während die Politik ein Interesse an hoher Sicherheitsdarstellung hat, haben die Medien häufig ein gewisses Interesse die Sachlage besonders für Zukunftsszenarien zu dramatisieren. Allerdings leisten sie im Notfall mit der Verbreitung der Wasserstandsinformation eine wichtige Aufgabe. Insofern hat die Stadt Hamburg sich entschlossen den dargestellten Weg der sehr sachlichen aber dafür regelmäßigen und stetigen Information zu wählen.

## **Themenblock: Wandel der Gefährdung**

Moderation: Wolf R. Dombrowsky

### **14:05 – 14:15 Einführung**

### **14:15 – 14:35 Wandel im Mensch-Natur-Austauschprozess**

Achim Daschkeit

(Geographisches Institut CAU Kiel)

#### **Abstract**

Gegenwärtige Gesellschaften sind in unterschiedlichem Maße von der Natur abhängig: Während einige Gesellschaften überwiegend agrarisch ausgerichtet sind und deshalb unmittelbarer mit Naturereignissen konfrontiert sind, sind andere Gesellschaften dazu übergegangen, Natur intensiv umzugestalten und in Kulturlandschaft bzw. Artefakte zu verwandeln, sich also von Natur zu distanzieren. Gerade in diesen Gesellschaften wird gerne darüber geklagt, dass es kaum noch Natur gibt und dass es ja wohl ein globales Problem sei, wenn die Diversität der Biosphäre rückläufig sei (Verringerung der Artenvielfalt).

Schon an dieser knappen Skizze lässt sich ablesen, dass sowohl Wahrnehmung als auch Stoffwechsel und der Umgang mit Natur historisch variabel sind. Es werden ausgewählte Ansätze diskutiert, die das Wechselverhältnis zwischen Mensch und Natur auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck bringen, bspw.: Gesellschaftlicher Metabolismus als quantifizierender Ansatz (Stoff- und Energieströme), gesellschaftliche Naturverhältnisse mit einem Fokus auf sog. Versorgungssysteme als Vermittlung zwischen Mensch und Natur sowie Koevolution zwischen Natur, Gesellschaft und Wissenschaft.

Auf dieser Grundlage wird gefragt, welche Folgen aus diesen unterschiedlichen Ansätzen im Hinblick auf den Umgang mit Naturereignissen resultieren – hierbei steht der Küstenraum im Mittelpunkt der Betrachtung.

Kontakt:

PD Dr. Achim Daschkeit

Geographisches Institut CAU Kiel

Ludewig-Meyn-Str. 14

D- 24118 Kiel

[daschkeit@geographie.uni-kiel.de](mailto:daschkeit@geographie.uni-kiel.de)

html: [www.kuestengeographie.de/Daschkeit](http://www.kuestengeographie.de/Daschkeit)

## **14:40 – 15:00 Katastrophen und Informationsgesellschaft**

Philipp Sonntag  
(PI Patent Interconsulting GmbH)

### **Abstract**

Das Ausmaß einer Katastrophe wird durch Zusammenbruch und Wiederaufbau der Infrastruktur bestimmt. Zur Schadensbegrenzung ist die Beherrschung der Informationstechnik maßgeblich. Mit der Komplexität der Informationstechnik wachsen tendenziell sowohl ihre Steuerbarkeit, als auch ihre Störbarkeit. Indem Terroristen ebenfalls Informationstechnik nutzen, kommt es zu einem "clash of infrastructures". Die Lebensfähigkeit einer Informationsgesellschaft wird durch die Güte (Effektivität, Freiheit) ihrer Organisation beeinflusst. Ein praktischer Vorschlag dazu ist das Fairenamt.

### **Kontakt:**

Herr Dr. Philipp Sonntag  
PI Patent Interconsulting GmbH  
Lepsiusstr. 45  
D- 12163 Berlin  
[phil.Sonntag@patent-interconsulting.de](mailto:phil.Sonntag@patent-interconsulting.de)

## **15:05 – 15:25 Die Zunahme systematischer Risiken als Folge des Wandels von Netzwerken**

Martin Voss

### **Abstract**

Die sozialwissenschaftliche Technikfolgenforschung diskutiert seit längerem darüber, wie sich das Verhältnis des Menschen zu seiner „natürlichen“ Umwelt vor dem Hintergrund der sich beschleunigenden technischen Entwicklung mitsamt ihren unerwünschten Nebenfolgen angemessen begreifen lässt. Der „technokratische“ Ansatz, der davon ausgeht, die unerwünschten Nebenfolgen technischer Entwicklung – man könnte allgemeiner sagen, der Industrialisierung – ließen sich ebenfalls über kurz oder lang mit technischen und bürokratischen Steuerungsinstrumenten regulieren, gerät mit der statistisch angezeigten Zunahme an Schadensereignissen unter Druck. Wie es scheint, nehmen die Gefahren deutlich schneller zu, als sie angemessen begriffen und technisch bewältigt werden können. Dies hat etwas damit zu tun, dass Gesellschaften heute in immer kürzeren Zeitabständen mit unzureichend entwickelten und in ihren möglichen Auswirkungen zu wenig untersuchten Materialien umzugehen lernen müssen, die von unterschiedlichen Akteuren hervorgebracht werden. Unterdessen verändert sich auch das Bild, das moderne Gesellschaften von ihrer Umwelt haben, auch sie scheint sich schneller zu verändern, als der Mensch sie kontrollieren kann. Kontrolle wird insgesamt immer unwahrscheinlicher: Bei insgesamt ohnehin unbekanntem Rahmenbedingungen werden die Verlaufsbedingungen dauernd und exponentiell zunehmend verändert, ein gezieltes Eingreifen wird somit nahezu unmöglich gemacht.

Diese Entwicklung lässt sich als ein Wandel von „Netzwerken“ begreifen. Unter einem Netzwerk wird hier allerdings nicht einfach die Beziehung von Menschen untereinander verstanden, vielmehr meint Netzwerk die Verbindung von Menschen mit ihren Techniken, ihren Produkten, schließlich mit ihrer natürlichen Umwelt. Gesellschaften des beginnenden 21. Jh. sind hochgradig vernetzt. Der enorme Zeitdruck, der von liberalisierten Märkten auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgeht, erschwert jedoch die Bildung stabiler Netzwerke: Kein Akteur hat mehr ausreichend Zeit, sich ein angemessenes, adäquates Bild von den Bedingungen zu machen, mit denen er es im Alltag zu tun hat. Das Bild, das er von anderen Akteuren hat, schwimmt ebenso, wie er immer weniger die Komplexität möglicher Wechselwirkungen chemischer Stoffe zu überblicken vermag. Die technischen Instrumente und Produkte, mit denen er es zu tun hat, entwickeln sich derart schnell, dass immer weniger Zeit für die Übung des Umgangs mit diesen Instrumenten und Produkten bleibt. Schließlich verändert sich das gesellschaftliche Bewusstsein von der natürlichen Umwelt des

Menschen rapide, immer deutlicher wird, dass Natur ein viel komplexeres Ökosystem ist, als der Mensch bisher glaubte, entsprechend schwierig wird es auch, sich ein deutliches Bild von „der Natur“ zu machen.

Meine These lautet also: Bisher waren die gesellschaftlichen Akteure in allen Bereichen mit all diesen Faktoren relativ stabil und relativ angemessen vernetzt, weil ihnen relativ viel Zeit blieb, sich über ihre Umwelt ein adäquates Bild zu formen und die Rahmen- als auch die Verlaufsbedingungen gezielten Eingreifens angemessen zu begreifen. Ihnen blieb auch hinreichend Zeit, Veränderungen in diesen relativ deutlich konturierten Netzwerken wahrzunehmen und entsprechend darauf zu reagieren. Nun aber wird es immer schwieriger, sich ein Bild von anderen Akteuren zu machen, sich in der „Informationsgesellschaft“ über Gefahrenstoffe und entsprechende Bewältigungstechniken angemessen zu informieren usw. Die Konturen dieser Netzwerke verschwimmen, sie werden unscharf. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit systemischer Risiken, denn nun können sich lokale Risiken immer längere Zeit unbemerkt ausbreiten, weil es a) an einem Bewusstsein über die „normale“ Beschaffenheit von technischen und anderen gesellschaftlichen Produkten, b) an einem Bewusstsein über angemessene Bewältigungstechniken gegenüber unbegriffenen Risiken und c) an einem angemessenen Bewusstsein von der natürlichen Umwelt des Menschen mangelt und daher Risiken lange Zeit unerkannt bleiben können, bis sie sich schließlich um so schlagender bemerkbar machen.

Kontakt:

Herr Dr. Martin Voss  
Grovestr. 31  
D- 22083 Hamburg  
[mail@martinvoss.de](mailto:mail@martinvoss.de)

## **Themenblock: Good Governance**

Moderation: Hans F. Illy

### **15:50 – 16:00 Einführung**

#### **16:00 – 16:20 Indian Village Self-Organization and Mahatma Gandhian SWARAJ as Prerequisites for Modern Early Warning in Tsunami Risk Areas?**

Peter Mossmann, Institut für vergleichende Entwicklungspolitik

#### **Abstract**

Few cases in disaster research are offering a holistic dimension combining both renascent historic patterns of political behaviour with present-day measures preparing for river floods. India is offering such a case. The renaissance of Swaraj-thinking inherent in the CBDDP (Community Based Disaster Preparedness) movement rapidly expanding in West Bengal and some North-Eastern states is based on the ancient Mahatma Gandhian swaraj. Gandhi's preachings as he has stated is nothing new. It is "as old as the hills".

What does it consist of? It is basically local autonomy. It means local sovereignty. That perspective offers another strategic alternative to deliver, distribute relief goods and prepare for, mitigate and prevent disasters.

Interlinked local actions, self-organization and community based disaster preparedness are needed

- To prepare for floods occurring once twice or three times a year



- To organize the villages in order to push local governance starting with disaster preparedness policies in the Panchayat Institutions and the District Governments
- To secure public funds to be channelled for rehabilitation and
- To show that early warning can only be effective provided local task forces are existing, trained and alert during seven days a week and 24 hours a day. Modern installations are no substitute for alert village people and their organizations.
- The latter lesson in West Bengal is basically a lesson offered by the Dalit womens´movement as to local governance, anti-corruption and thus securing public funds for rehabilitation.

After the flood of the year 2000 UNICEF and other NGOs have initially played the role of a facilitator with funding and training. By now some 1100 villages and boots in West Bengal have been mobilised with task forces trained and formed. Once the village-people know how to prepare for floods, organize the village and create specific task forces to tackle the challenges ahead they will be well prepared to face whatever the community might need to change be it health issues, schools, poverty, small business, safety or fair elections.

This Indian CBDP experience can easily be adapted in other TSUNAMI affected regions.

Kontakt:

Herr Dr. Peter Mossmann

Institut für vergleichende Entwicklungspolitik Barcelona

Kraftzig 14

D- 77790 Steinach

[PMosmann@gmx.de](mailto:PMosmann@gmx.de)

### **16:25 – 16:45 Elbeflut – Lessons Learned: Anspruch und Wirklichkeit**

Joachim Müller (Deutsches Rotes Kreuz),

Uwe Grünewald (Brandenburgische Technische Universität Cottbus)

#### **Abstract**

Die Hochwasser im Einzugsgebiet der Elbe im August 2002 haben erneut deutlich gemacht, dass mit solchen **extremen Hochwasserereignissen** auch in (Mittel-)Europa immer wieder zu rechnen ist. Sie waren und sind **nicht vermeidbar**, aber letztlich in ihren teilweise katastrophalen **Wirkungen minderbar**.

In vielfältigen Ebenen und Gremien erfolgte in unterschiedlicher Art und Weise die **Analyse dieses Natur- und Schadens- aber auch Medien- und Politikereignisses**. So erschienen z. B. im Jahr 2004 im Auftrag der Umweltministerkonferenz der deutschen Bundesländer die „Instrumente und Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der Leitlinien für einen zukunftsweisenden Hochwasserschutz“, welche die **Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)** nach dem Rheinhochwasser 1993 und 1995 bereits im Jahre 1995 formuliert hatte. Im Freistaat Sachsen wurde noch im Jahr 2002 ein Bericht einer „**unabhängigen Kommission der Sächsischen Staatsregierung** zur Flutkatastrophe“ erarbeitet und das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge e. V. (DKKV) erstellte mit wesentlicher Unterstützung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) bis November 2003 eine interdisziplinäre „**Lessons Learned Studie zur Hochwasservorsorge in Deutschland**“.

Die Facetten der **Aussagen** sind **vielfältig**. Sie beginnen beim Nachweis, dass weder bei der Hochwasservorsorge noch bei der Bewältigung von Hochwasserkatastrophen, die in einem möglichst aufwärts gerichteten Kreislauf einzuordnen sind, das erforderliche Maß an **Kooperation, Kommunikation** und **Führung** vorhanden ist. Bei beiden mangelt es insbesondere am

**ausreichenden Zusammenwirken über Fach- und Raumgrenzen** sowie insbesondere über Bundesländergrenzen hinweg.

Letztlich münden sie im gegenwärtig in vielen Bereichen der Gesellschaft geforderten notwendigen **Paradigmenwechsel**, weg vom nicht haltbaren absoluten Schutzversprechen („Sicherheitsgesellschaft“) hin zum nüchternen Umgang mit dem Risiko („Risikogesellschaft“). D. h. wir müssen **weg vom nicht haltbaren Hochwasserschutzversprechen** hin zur verantwortungsbewussten **Hochwasservorsorge** und hin zum übersektoralen **Hochwasserrisikomanagement**. Hier klaffen - wie u. a. das langwierige und zähe und letztlich eher „aufweichende Ringen“ um das „neue Hochwasserschutzgesetz“ im Vermittlungsausschuss des deutschen Bundesrates verdeutlicht - nach wie vor erhebliche Lücken zwischen Anspruch und Realität.

Kontakt:

Herr Joachim Müller  
Deutsches Rotes Kreuz  
Castennstr. 58  
D- 12205 Berlin

Herr Prof. Dr. Uwe Grünewald  
TU Cottbus, Lehrstuhl für Hydrologie und Wasserwirtschaft  
PF 10 13 44  
D- 03013 Cottbus  
[Uwe.Gruenewald@hydrologie.tu-cottbus.de](mailto:Uwe.Gruenewald@hydrologie.tu-cottbus.de)

**16:50 – 17:15 Dezentralisierung der Katastrophenvorsorge? Ja, aber wie?**

**Überlegungen am Beispiel von Indonesien und Mosambik**

Christina Bollin

(Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit – GTZ)

**Abstract**

Die Stärkung dezentraler, insbesondere lokaler Strukturen für die Katastrophenvorsorge wird mittlerweile fast einhellig gefordert. Gemeint sind sowohl bessere Katastrophenschutzkapazitäten vor Ort sowie ein Transfer von Kompetenzen von der nationalen auf die regionale und die lokale Ebene z.B. für raumplanerische Prozesse und Investitionen in katastrophenpräventive Maßnahmen. Die Gründe sind einleuchtend: Eine höhere Effizienz bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen, ein an die lokalen Bedürfnisse angemesseneres Vorgehen und eine schnellere Reaktion im Notfall können erzielt werden, wenn das lokale Know-How genutzt und die Selbsthilfefähigkeiten der gefährdeten Bevölkerung und Gemeinden gestärkt werden.

In vielen Industrie- und Entwicklungsländern wurde in den letzten Jahren dieser Erkenntnis Rechnung getragen. Auch zahlreiche Organisationen der staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit fördern Dezentralisierungsprozesse in Partnerländern. Doch trotz dieser Bemühungen bleiben die Erfolge oft hinter den Erwartungen zurück. Am Beispiel von Indonesien und Mosambik lassen sich diese Schwierigkeiten bei der Umsetzung, aber auch erfolgversprechende Ansätze, wie sie in vielen Ländern der Erde zu beobachten sind, gut schildern: Indonesien hat seit 1998 einen vehementen Dezentralisierungsprozess durchlaufen, in dem die Gemeinden stark an Kompetenzen und Eigenständigkeit gewonnen haben. Damit verbunden ist jedoch auch eine zunehmende Unübersichtlichkeit durch unterschiedliche lokale Gesetzgebungen, eine unklare Mandatsverteilung (z.B. die Rolle des Militärs) und eine zunehmende Korruption auf der lokalen Ebene. Um für die Katastrophenvorsorge diese Dezentralisierung positiv nutzen zu können, bemüht sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit einerseits um die Verankerung demokratischer, partizipativer und rechtsstaatlicher Mechanismen auf der lokalen Ebene. Andererseits wird die klare Mandatsverteilung und Kommunikation zwischen nationalen und lokalen Akteuren unter Einbeziehung regionaler Institutionen gefördert.

In Mosambik haben die Distrikte ebenfalls in den letzten Jahren die Verantwortung für Katastrophenvorsorge übertragen bekommen, können diese aber aufgrund mangelnder Ressourcen und fehlendem Know-How nicht wahrnehmen. In einem Land, das durch Unabhängigkeits- und

Bürgerkrieg generell über sehr schwache staatliche Strukturen verfügt, steht nicht so sehr der Dezentralisierungsprozess, sondern überhaupt ein Kapazitätenaufbau für Katastrophenvorsorge im Vordergrund. Die GTZ verfolgt dort gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen den Ansatz, Katastrophenvorsorge als Querschnittsthema in die Stärkung der dezentralen staatlichen Strukturen und in die lokalen Entwicklungspläne zu integrieren.

Erfolge in diesen und anderen Ländern zeigen, dass Katastrophenvorsorge durch Dezentralisierung deutlich verbessert werden kann. Die wesentlichen Herausforderungen dafür liegen in den folgenden Bereichen:

1. In der Suche nach der für das Land angemessenen Kompetenzverteilung
2. In der Mandatsklärung und guten Kommunikation zwischen den Ebenen sowie einer an die Kompetenzen angepassten Verteilung der finanziellen Ressourcen
3. In der Vermittlung des notwendigen Know-Hows auf allen, insbesondere der lokalen Ebene
4. In der Berücksichtigung politischer Rahmenbedingungen wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Partizipation

Kontakt:

Christina Bollin

GTZ GmbH

PF 5180

65726 Eschborn

christina.bollin@gtz.de

**17:15 Ende der Veranstaltung**